

Jahresbericht 2011 nationale Plattform

Die Plattform hat auch dieses Jahr um eine neue Anlaufstelle für Sans-Papiers zugenommen: Engagierte Personen in Luzern haben eine Beratungsstelle eröffnet und nehmen nun an den nationalen Plattform-Treffen teil. Mit der Präsenz so vieler Anlaufstellen wird der regionale Austausch der Erfahrungen mit der Umsetzung nationaler Rechtsbestimmungen sehr fruchtbar. Indem wir einander wichtige Gerichtsurteile zukommen lassen, gewinnen wir wichtige Instrumente für die Beratungspraxis und für gemeinsame politische Schritte. So geschah dies im Falle der kantonalen Umsetzungspraxis der Lex Brunner zum Heiratsverbot: Die bereits ergangenen Urteile in Bern und Lausanne sowie des Bundesgerichts waren für alle hilfreich.

Die Koordinationsarbeit des Plattform-Sekretariats für die ausgezeichnet zusammenarbeitenden lokalen, regionalen und nationalen NGOs und des engagierten Plattformpräsidenten Eric Voruz fiel äusserst produktiv und befriedigend aus. Notabene eine Arbeit, die auch im vergangenen Jahr ohne jeglichen finanziellen Aufwand über die Bühne gegangen ist. Das erspart uns zwar den Buchhalter, doch mittelfristig wird es ohne finanzielle Beiträge der unterstützenden Organisationen nicht mehr gehen. So werden wir uns in einem Jahr nach einer entlohnten Sekretärin umsehen und auch die Bürokosten bezahlen müssen, da Anni Lanz von Solidarité sans frontières bis dann ihre ehrenamtliche Sekretariatsarbeit einstellen wird. Wir bitten daher die uns angeschlossenen Organisationen, einerseits der Plattform einen Beitrag zukommen zu lassen (60-428907-7 Vermerk: Plattform), andererseits zu überlegen, wer sich aus Ihren Reihen als Plattformsekretärin eignen würde. Gesucht ist eine Person für eine 10%-Stelle, die mit der Sans-Papiers-Thematik auf politischer Ebene vertraut ist.

Die Plattform traf sich an 4 Sitzungen am 24.2., 5.5., 25.8. und 10.11.. Hinzu kamen noch diverse Arbeitsgruppensitzungen.

Die Arbeit in der nationalen Plattform zu den Sans-Papiers konzentrierte sich 2011 vor allem auf die schweizweiten Aktivitäten zum 10-Jahresjubiläum und zur Nothilfekampagne. Die in der Plattform vereinten NGOs investierten sehr viel Zeit und Aufwand in die lokale und nationale Öffentlichkeitsarbeit zu „10-Jahre Sans-Papiers-Bewegung“, die von Solidarité sans frontières koordiniert wurde. Bereits Ende 2010 begann ein grosser Zusammenschluss von im Sans-Papiers-Bereich Engagierten einen Grundsatztext zu erarbeiten, aus dem dann eine Petition entwickelt wurde. Eine spezielle Arbeitsgruppe bereitete ab den Sommermonaten die nationale Demo und Petitionsübergabe im Oktober vor. Obwohl die Schwierigkeiten mit der Demobewilligung die Demomobilisierung enorm verzögerte, demonstrierten am 1. Oktober rund 5'000 AktivistInnen – Personen mit und ohne Papiere aus allen Regionen.

Die unzähligen Veranstaltungen und Strassenaktionen in allen Regionen der Schweiz zeigten, dass die Ressourcen an Phantasie der Bewegung unerschöpflich sind. Zwar waren die Medien der Deutschschweiz wenig an diesem Thema

*Parlementaires fédéraux ; Conférence des évêques suisses ; Fédération des Eglises protestantes de la Suisse ; Union syndicale suisse USS ; Syndicat Unia ; Syndicat interprofessionnel des travailleurs et des travailleuses SIT ; Travail.Suisse ; Caritas ; Solidarité sans frontières ; Centres sociaux protestants ; Centres de contact Suisses-Immigrés ; Entraide protestante ; OSAR ; FIZ ; FIM ; Les Verts ; Parti socialiste ; Parti du travail, Réseaux de solidarité Bâle et Berne, Permanences pour les Sans-Papiers d'Argovie, de Bâle, Berne, Zurich, Lucerne et du Jura

interessiert, so dass das Bleiberechts-Kollektiv in Basel im Dezember 2011 mit einer theatralischen Kurzaktion die Räumlichkeit der BAZ besetzte. Es protestierte damit gegen das Desinteresse der deutschsprachigen bürgerlichen Presse gegenüber der ungelösten Sans-Papiers-Frage.

Das Lobbying kann angesichts der vielen Strassenaktivitäten etwas zu kurz. Im Rahmen der Plattform wurde lediglich ein Gespräch mit Bundesrätin Sommaruga zur Härtefallpraxis vorbereitet, das auf den 27.2.12 festgesetzt worden ist. Die lokalen Anlaufstellen führten Gespräche mit den Kantonsbehörden zur Heiratspraxis durch, die höchst unterschiedlich ausfielen.

Anni Lanz, Sekretariat
Januar 2012